



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

**Neue Reihe:
RENTEN-FAKTEN
auf Seite 3!**

NEWSLETTER FEBRUAR 2025

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLIICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der erste Monat des neuen Jahres geht schon zu Ende und Mariä Lichtmess (2. Februar) markiert einen stillen Wendepunkt im Jahr: Das Licht kehrt spürbar zurück, die Tage werden länger und der Winter verliert langsam an Kraft. Alte Bauernregeln wussten schon, dass sich nun zeigt, wohin die Reise geht. Und irgendwo, augenzwinkernd über den Atlantik hinweg, lugt das Murmeltier aus seinem Bau. Sieht es seinen Schatten oder nicht – ganz gleich: Der Februar steht vor der Tür, und mit ihm neue Hoffnung. Jeder helle Morgen, jede Minute mehr Tageslicht erinnert daran, dass der Frühling seinen Weg bereits kennt. So lässt sich mit Zuversicht sagen: Auch wenn der Winter noch einmal brummt, das Licht hat bereits gewonnen. Das sollten wir grundsätzlich verinnerlichen. Wer täglich Schatten füttert, braucht sich nicht zu wundern, wenn das Licht immer kleiner wird. Lassen Sie uns zuversichtlich weitergehen, gemeinsam.

In diesem Sinne viel Spaß mit der Lektüre

Ihr/Euer

KOMMUNALWAHLEN AM 08.03.2026:

Politik aus Leidenschaft - für Gemünden & Main-Spessart

Ich kandidiere:

Stadtrat GEMÜNDEN: Liste 5 | Platz 4

Kreistag MAIN-SPESSART: Liste 5 | Platz 6



3



Erbschaftsteuer

6



Die aktuelle Teilzeit-Diskussion

9



Neue Gesetze 2026

11



Neujahrsempfänge

KLARTEXT

WER ARBEIT ENTGRENZT, GEFÄHRDET GESUNDHEIT



Der Kanzler hat in den letzten Tagen mit Aussagen über die Arbeitswelt irritiert, die auch mich sehr geärgert haben. Erst überlegte Merz laut, das gesamte Arbeitszeitgesetz abzuschaffen, dann legte er nach und kritisierte

den hohen Krankenstand unter deutschen Beschäftigten.

Ich habe in der Presse deutlich dagegeengehalten: Das Arbeitszeitgesetz ist ein Gesundheitsgesetz. Will der Kanzler die Gesundheit der Menschen aufs Spiel setzen? Das wäre ein Schlag ins Gesicht aller Leute, die morgens aufstehen, in den Betrieb oder ins Büro fahren und den ganzen Tag schuften. Das Arbeitszeitgesetz schützt genau diese Menschen.

Und wir sind doch schon flexibel. Man kann 48 Stunden arbeiten, wenn man will. Man kann auch 60 Stunden die Woche arbeiten. Was will Merz denn noch? Laut IAB waren 2024 637 Millionen Überstunden unbezahlt, nur 550 Millionen bezahlt.

Die Menschen arbeiten schon viel. Wer sagt, die Deutschen seien faul, erzählt Märchen. Wir hatten zuletzt auch die größte Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsstunden.

Wenn der Kanzler meint, das solle alles über Tarifverträge geregelt werden, muss er auch wissen, dass nur noch knapp die Hälfte aller Beschäftigten durch einen Tarifvertrag geschützt wird. Deshalb brauchen wir das Arbeitszeitgesetz.

Mehr Arbeitszeit wäre auch gar nicht wünschenswert. Wir sehen doch heute schon, welche Folgen die veränderte Arbeitswelt hat: Arbeitnehmer müssen zur Reha, weil der Körper nicht mehr mitmacht. Oder sie leiden an Burnout. All das kostet auch Geld und es wird teurer, wenn Arbeitnehmer nicht richtig geschützt werden.

Deswegen ist es umso absurder, wenn Merz jetzt Beschäftigte kritisiert, die sich krankmelden müssen. Dass die Zahlen in den letzten Jahren gestiegen sind, hat zwei Gründe. Zum einen werden die Fälle durch die elektronische Krankmeldung besser erfasst. Zum anderen nehmen Druck und Arbeitsdichte weiter zu. Deswegen dürfen Fehltage kein Vorwurf an kranke Beschäftigte sein. Wenn der Krankenstand tatsächlich steigt, müssen wir das ernst nehmen als Warnzeichen. Menschen werden krank. Manchmal ist es aber auch ein Hinweis auf Missstände in der Arbeitswelt der Betroffenen. Dann werden Menschen krank, weil etwas zu lange zu viel war.

Wir müssen dafür sorgen, dass Menschen gesund bis zur Rente arbeiten können. Und wer danach weitermachen will, kann das mit der Aktivrente machen.

Es ist dringend nötig, dass die haltlosen Angriffe auf Arbeitnehmerrechte aufhören, damit wir uns um die zahlreich vorhandenen tatsächlichen Probleme kümmern können.



Große Erbschaft. Große Verantwortung.

**ERBEN IST KEINE LEISTUNG.
FÜREINANDER VERANTWORTUNG
ÜBERNEHMEN SCHON.**

#FAIRERBEN



ERBSCHAFTSTEUER

FAIR ERBEN

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet voraussichtlich in diesem Jahr über die bestehende Regelung zur Erbschaftssteuer.

Die SPD-Bundestagsfraktion geht vorneweg und hat Vorschläge für eine Reform vorgelegt, die für mehr Gerechtigkeit sorgen soll. Es geht dabei um die Grundfrage, ob Lebenschancen in unserer Gesellschaft stärker von eigener Leistung oder von Herkunft geprägt werden — **und nicht um kleine Erbschaften oder „Omas Häuschen“**, auch wenn die reflexhaften Reaktionen das mal wieder suggerieren wollen! Unser Konzept ruht auf drei Säulen:

FAIR: Mit einem neuen Lebensfreibetrag in Höhe von insgesamt 1 Million Euro wollen wir Erbschaften

in der Familie und Verwandtschaft schützen und werden die allermeisten Erbschaften entlasten.

EINFACH: Wir wollen eine einfache Erbschaftsteuer, die alle verstehen und dazu das Dickicht an Steuerklassen mit sehr vielen Steuersätzen entschlacken. In Zukunft soll es nur noch eine Steuerklasse mit progressiven Steuersätzen geben.

ZUKUNFTSFEST: Mit einem neuen Unternehmensfreibetrag in Höhe von 5 Millionen Euro sollen kleine und viele mittlere Unternehmen steuerfrei übertragen werden, damit und mit der Steuerstundung über 20 Jahre, wenn der Erhalt von Arbeitsplätzen sichergestellt wird, schützen wir gerade Familienbetriebe.

Zusätzliche Steuereinnahmen sollen zur Stärkung des Bildungssystems verwendet werden. Es geht um gute Bildung für alle, um Modernisierung von Schulen und Hochschulen und gut ausgebildetes Lehrpersonal und damit eine Stärkung der Chancengleichheit.

► **HIER** ◀ habe ich Argumente für die neue Erbschaftsteuer zusammengefasst und Antworten auf die 15 drängendsten Fragen gegeben.

NEUE REIHE!

RENTEN-FAKTEN Teil I

Deutschland war eines der ersten Länder weltweit, das eine staatliche Rentenversicherung eingeführt hat. Das Gesetz wurde 1889 beschlossen, 1891 ging es los. Von der zunächst vor allem auf die Sicherung bei Invalidität ausgerichteten Notversorgung – nur wenige Versicherte erreichten das Al-

ter, in dem Anspruch auf eine Altersrente bestand – wurde die Rentenversicherung immer wieder weiterentwickelt. Sie hat sich dabei als krisenfest erwiesen und den Menschen im Alter und bei vorzeitiger Invalidität auch dann Lebensunterhalt gesichert, wenn durch Inflation, die Folgen zweier Weltkriege oder Wirtschaftskrisen sonstige Ersparnisse verloren waren.

BERLIN

AUSTAUSCH MIT MINISTERIN



BayernSPD-Landesgruppe

Montags treffen sich in Sitzungswochen die bayerischen SPD-Abgeordneten in der sog. Landesgruppe. Diesmal als Gast mit dabei: unsere Bundesjustizministerin Dr. Stefanie Hubig. Sie hat mit uns einige wichtige Gesetzesentwürfe besprochen, die demnächst in den Bundestag kommen werden:

- Besserer Schutz für Menschen, die für das Gemeinwohl tätig sind: Insbesondere sollen die Mindeststrafen für Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, An-

gehörige der Rettungsdienste und der Feuerwehr, Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher erhöht werden.

- Besserer Schutz vor Einschüchterungsklagen, unbegründete Klagen also, die darauf abzielen, missliebige Beiträge zur öffentlichen Meinungsbildung zu unterdrücken. Solche richten sich zum Beispiel gegen Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder Nichtregierungsorganisationen.
- höhere Strafen bei Gewalt an Frauen, Stärkung des Opferschutzes, bessere fachkundige psychosoziale Begleitung von Opfern
- höhere Strafen bei sexualisierten KI-Bildern von Frauen und Kindern
- Gesetze zur Modernisierung des Designrechts und des Produkthaftungsrechts

Mehr Infos gibt es auf der Seite des Bundesjustizministeriums ► **HIER** ◀

Mehr Infos zur Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion (deren stellv. Sprecher ich bin) gibt es ► **HIER** ◀

ZAHLE DES MONATS

8

Seiten kurz ist die Bilanz der ersten Monate der neuen Bundesregierung aus SPD-Sicht. Nicht, weil so wenig umgesetzt wurde, sondern um kurz und knapp zu informieren. Herausgekommen ist eine kleine Broschüre, die ich jedem empfehle. Insbesondere wenn am Infostand diskutiert wird, was eigentlich die SPD in der Bundesregierung erreicht hat. Hier steht's. Das PDF mit Klick auf die Vorschau öffnen:

Das haben wir zusammen erreicht

- ➔ Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität
- ➔ Investitionsbooster
- ➔ Bau-Turbo
- ➔ Standortfördergesetz
- ➔ Bundeseinheitliche Ausbildung zur Pflegefachassistenz
- ➔ Rente
- ➔ Kampf gegen Schwarzarbeit
- ➔ Erneuerbare sind die Zukunft
- ➔ Mehr Sicherheit für Frauen
- ➔ Neuer freiwilliger Wehrdienst
- ➔ Stärkung der IT-Sicherheit
- ➔ Mietpreisbremse verlängert
- ➔ Widerrufbutton
- ➔ Steuerentlastungen (Pendler- und Ehrenamtszuschale)
- ➔ Erhalt des Deutschlandtickets



Julia Nowak, Deutscher Bundestag

ARBEIT & SOZIALES

EUROPÄISCHE SOZIALVERSICHERUNG

In den letzten Newslettern habe ich begonnen, über meine „Berichterstattungen“ zu informieren. Themen, für die ich innerhalb der SPD-Fraktion zuständig bin und über die ich meinen Kolleginnen und Kollegen als zuständiger Fachmann „berichte“.

Heute geht es um die europäischen Sozialversicherungsabkommen:

Dank der Freizügigkeit können Bürgerinnen und Bürger der EU in allen Mitgliedstaaten leben und arbeiten. Das europäische Sozialversicherungsabkommen sorgt dafür, dass diese Menschen ihre Sozialversicherungsrechte behalten, unabhängig von ihrem aktuellen Wohn- und Arbeitsort. Und es verhindert, dass Sozialversicherungen doppelt bezahlt werden müssen. Das gilt für die gesamte EU und in Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz.

Wenn jemand in verschiedenen EU-Ländern gearbeitet hat und in der Rente wieder in Deutschland lebt, werden alle Renteneinzahlungen zusammengezählt egal, in welchem Land sie geleistet wurden. Die verschiedenen Rentenversicherungen arbeiten zusammen, und die Person bekommt ihre gesamte Rente von der deutschen Rentenversicherung ausbezahlt.

Genauso kann man medizinische Leistungen in anderen EU-Ländern in Anspruch nehmen. Die Kassen rechnen das dann untereinander ab.

Das schafft soziale Sicherheit und Fairness, denn alle EU-Bürgerinnen und Bürger werden gleich behandelt. Und Menschen können dort arbeiten und leben, wo sie möchten, ohne ihre soziale Absicherung zu riskieren.

Meine Berichterstattungen in A&S:

- ☒ Mindestlohn
- ☒ Rente
- ☒ Kooperation der Sozialversicherungsträger
- ☒ Soziale Selbstverwaltung
- ☒ SGB IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
- ☒ Sozialwahlen
- ☒ Europäischer Sozialversicherungsausweis
- ☒ Entsendung, Entsenderichtlinie und Arbeitnehmerentsendegesetz
- ☒ Europäische Sozialversicherungsabkommen
- ☐ EU-Lieferkettengesetz
- ☐ Bundestariftreuegesetz, Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue
- ☐ Sozialkassenverfahren
- ☐ Kirchliches Arbeitsrecht
- ☐ Körperlich belastende Berufe
- ☐ Kurier-, Express- und Paketdienstbranche



pexels | pixabay.de

TEILZEIT

CDU-VORSCHLAG REALITÄTSFREMD

Am Wochenende konnte man gut beobachten, was eine CDU/CSU-Regierung machen würde, wenn wir als SPD nicht dabei wären, um deren Kahlschläge im Sozialen, bei Arbeitnehmerrechten und auch beim Klimaschutz zu verhindern. Die CDU/CSU samt Merz und Söder haben aktuell im Tagesrhythmus neue Vorschläge für ein Zurück in die go-er raus. Das hat System.

Der Vorschlag der CDU, den Rechtsanspruch auf Teilzeit abzuschaffen, ist realitätsfremd und rückwärts-gewandt. Er entzieht Beschäftigten ein zentrales Instrument der Selbstbestimmung und verlagert Macht einseitig zurück zu den Arbeitgebern. Teilzeit ist kein „Lifestyle-Luxus“, sondern ein bewährtes Mittel, um Arbeit, Gesundheit und private Verantwortung in Einklang zu bringen – auch jenseits von Kindern oder Pflege. Wer angesichts von Fachkräftemangel auf Zwang statt auf bessere Arbeitsbedingungen setzt, verkennet die Ursachen des Problems.

Gute Arbeit entsteht durch Flexibilität und Vertrauen, nicht durch das Streichen von Rechten.



joenomias | pixabay.de

E-AUTOS

NEUE FÖRDERUNG

Mit dem neuen Förderprogramm (rückwirkend ab 01.01.2026!) setzt die Bundesregierung ein klares Signal für soziale Gerechtigkeit, industrielle Stärke und wirksamen Klimaschutz und unterstützt Haushalte beim Kauf oder Leasing eines E-Autos oder Plug-in-Hybrids mit bis zu 6.000 Euro.

Das Förderprogramm mit klarer sozialer Staffelung ist ein starker Impuls: Es gleicht die bislang bestehende Kostenlücke zwischen E-Autos und Plug-in-Hybriden und Verbrennern aus. Wir ermöglichen auch Haushalten die Elektromobilität, für die der Kauf oder das Leasing eines E-Autos bisher keine Option war. Dafür sorgt die ansteigende Förderhöhe bei geringerem Einkommen: Wer weniger verdient, erhält gezielt höhere Unterstützung.

Mit dem neuen Programm geben wir unserem Industriestandort einen Push und bringen klimafreundliche Mobilität wieder voran. Die Bundesregierung liefert und stärkt das erfolgreiche Zusammenspiel aus Wirtschaft und Klimaschutz.

► **HIER** ◀ gibt es alle Infos zur neuen Förderung.



Mediathek Bundestag

MENSCHENRECHTE

LIEFERKETTENGESETZ

Mitte Januar haben wir im Plenum des Deutschen Bundestages über eine Änderungen des Lieferkettengesetz diskutiert. Das Gesetz kontrolliert große Unternehmen bei der Einhaltung von Menschenrechten und arbeitsrechtlichen Standards.

Wir in Deutschland wollen Verantwortung übernehmen. Wir müssen die Menschen schützen, die beispielsweise unsere Kleidung nähen oder auf dem Feld in Südamerika arbeiten. Doch gleichzeitig sollen die Unternehmen von Bürokratie entlastet werden. Deswegen haben wir hier einen Antrag besprochen, der die Berichtspflichten für Unternehmen streicht. Das bedeutet weniger Papierarbeit für die Unternehmen. Gleichzeitig muss aber der Zweck des Gesetzes konsequent verteidigt werden.

Wir sorgen dafür, dass alle Verantwortung dafür übernehmen, wie sie ihre Sachen herstellen. So werden Menschenrechte auf der ganzen Welt geachtet.

► **HIER** ◀ ist die ganze Rede in der Mediathek des Deutschen Bundestages zu finden. Wie alle meine Reden.

KALENDERBLATT



FRIEDRICH EBERT

Vor 155 Jahren wurde Friedrich Ebert geboren, einer der prägendsten Köpfe der Sozialdemokratie. Als erster sozialdemokratischer Reichspräsident und als langjähriger Vorsitzender der SPD trug er in einer Zeit tiefster Umbrüche Verantwortung für Partei und Land. Aus einfachen Verhältnissen stammend, verkörperte er wie kaum ein anderer den Aufstieg durch Bildung.

Nach dem Ersten Weltkrieg stand Ebert vor der historischen Aufgabe, Deutschland vom Kaiserreich in eine demokratische Republik zu führen. Mit großem Pflichtbewusstsein setzte er sich für den Erhalt der jungen Demokratie ein, oft unter schwierigsten Bedingungen und gegen erbitterte Gegner von rechts und links. Für ihn gehörten Freiheit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Ordnung untrennbar zusammen.

Ebert betonte immer die Verantwortung der Sozialdemokratie für das Ganze. Er wusste: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, sie muss geschützt, verteidigt und mit Leben gefüllt werden. Diese Erkenntnis ist heute aktueller denn je.

Eberts Vermächtnis verpflichtet uns als Sozialdemokraten. In Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit, politischer Polarisierung und demokratischer Gefährdungen erinnert uns sein Leben daran, dass mutige, verantwortungsvolle Politik den Menschen dienen muss. Sein Einsatz für eine demokratische, soziale Republik bleibt Orientierung und Auftrag zugleich.



distelAPPArath | pixabay.de

TEMPO 30

DAS BRINGT'S

Seit über 40 Jahren gibt es Tempo 30-Zonen. Was zunächst ein Modellprojekt war, ist inzwischen vielerorts Standard – und noch immer umstritten. Dabei sind die Folgen für die Verkehrssicherheit deutlich: Weniger Unfälle, vor allem weniger Schwerverletzte, positiver Effekt auf die Umwelt und alles bei nur geringer Fahrzeitverlängerung. Das hat eine Studien-Auswertung der Björn-Steiger-Stiftung jetzt bestätigt (► **HIER** ◄): Alle Studien kamen zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Unfälle mit Einführung von Tempo 30 gravierend abnahm (zw. 12 und 42 %). Gleichzeitig verliefen Unfälle weniger schwer. Die Zahl der Personenschäden nahm meist stärker ab als die der Kollisionen. Ein logischer Effekt, denn die Aufprallwucht ist bei Tempo 50 fast dreimal so groß wie bei Tempo 30. Und schließlich: Die Fahrzeiten verlängern sich höchstens minimal. Selbst 60 km-Fahrten dauern in der Regel bei Tempo 30 nur zwei Minuten länger. Wo also liegt der Vorteil, innerorts an Tempo 50 festzuhalten? Ich sehe keinen. Innenstädte werden mit Tempo 30 sicherer, gesünder und lebenswerter. Es ist gut, dass die Kommunen inzwischen deutlich mehr Mitsprache bei der Einführung von Tempo 30-Zonen haben. Sie sollten sie nutzen!



Pavellllll | pixabay.de

JAGDRECHT

PRAGMATISCHER UMGANG MIT WÖLFEN

Wir modernisieren das Jagdrecht: praxistauglich und rechtssicher – vor allem aber artenschutzgerecht. Zu der Reform des Bundesjagdgesetzes haben in dieser Woche die Beratungen im Bundestag mit der 1. Lesung begonnen. Wir setzen auf ein modernes, praxisnahes Jagdrecht, das Artenvielfalt, Tierwohl und die Interessen der ländlichen Räume zusammenbringt.

Priorität hat weiterhin der Herdenschutz: Wir brauchen wirksame, praxistaugliche und unbürokratische Maßnahmen sowie eine verlässliche Finanzierung. Wo dieses nicht ausreicht, und Übergriffe nachgewiesen werden, können Problemwölfe rechtssicher und zügig entnommen werden. Der Schutzstatus des Wolfs bleibt erhalten, eine generelle Bejagung wird nicht erlaubt. Die Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht schafft endlich mehr Rechtssicherheit, klare Zuständigkeiten und einen praktikablen Vollzug.

Die Rückkehr des Wolfs zeigt, dass sich Ökosysteme erholen können. Das ist ein Erfolg jahrzehntelanger Naturschutzpolitik. Gleichzeitig steht die Weidetierhaltung vielerorts unter erheblichem Druck. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern muss zusammen gedacht werden.

TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

TOP: BUNDESWEHR

Die Bundeswehr ist erstmals seit Jahren deutlich gewachsen und hat nun 184.200 Männer und Frauen in der aktiven Truppe. Wir haben das beste Einstellungsergebnis seit Aussetzung der Wehrpflicht. Außerdem ist die Truppe so groß wie seit 12 Jahren nicht mehr. Ich sage: Gute Arbeit, Herr Minister. Die im letzten Jahr beschlossenen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Truppe wirken.

FLOP: UNWORT DES JAHRES

„Sondervermögen“ wurde zum Unwort des Jahres gekürt, weil der Begriff angeblich verschleiert, dass es um Schulden geht. Für mich eine falsche Wahl. „Sondervermögen“ ist kein Euphemismus, sondern eine Zukunftsinvestition in unser Land: Brücken, Straßen, Schienen und Sportplätze sind Vermögenswerte, die damit geschaffen werden und die wir dringend brauchen. Jeder Privathaushalt weiß das: Ein Kredit für ein Haus ist doch etwas ganz anderes als ein Kredit für Konsum (wie z. B. Urlaub). Jedes Haus wurde über Kredite finanziert – und schafft dadurch mit der Zeit neues Vermögen beim Kreditnehmer (und dessen Nachkommen ...).

SPD Soziale
Politik für
Dich

Start in 2026

Was ist neu ab 1.1.

Mit Aktivrente bis zu 2.000 Euro
monatlich steuerfrei hinzuverdienen
Deutschlandticket für 63€ im Monat
7 Prozent Umsatzsteuer in Gastronomie
Mindestausbildungsvergütung steigt
Kindergeld erhöht sich
Steuerfreibetrag steigt

Entlastung beim Gaspreis
Entlastung bei Stromkosten
Höhere Pendlerpauschale
Mindestlohn steigt

Und einiges mehr...

BERND RÜTZEL
sozial - kompetent - nah



NEU IN 2026

NEUE GESETZE UND REGELUNGEN

Wie zu Beginn jeden Jahres sind auch heuer zum 1.1. einige gesetzliche Änderungen in Kraft getreten.

Im Deutschen Bundestag haben wir viele Gesetze verabschiedet, die auf unser Leben und Geldbeutel Auswirkungen haben.

Die Energiekosten sinken, die Pendlerpauschale sowie der Mindestlohn werden erhöht. Der Bundeshaushalt 2026 ermöglicht Rekordinvestitionen. Der Wehrdienst wird modernisiert. Das Rentenniveau bleibt stabil und die Aktivrente erlaubt einen steuerfreien Hinzuverdienst.

► **HIER** ◀ geht's zu einem Überblick auf der Homepage der Bundesregierung.



VOR ORT

Als Abgeordneter für den

BUNDESWAHLKREIS

MAIN-SPESSART/MILTENBERG

bin ich vor Ort Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Vereine und Verbände. Da es statt maximal fünf nur zwei SPD-Abgeordnete für ganz Unterfranken gibt, bin ich auch Betreuungsabgeordneter für

ASCHAFFENBURG & WÜRZBURG

Ich bin also auch Ihr Ansprechpartner von Alzenau bis Aub.

AUTOBAHN GMBH NORDBAYERN

Besuch und Austausch bei der Autobahn GmbH des Bundes, Niederlassung Nordbayern, Außenstelle Würzburg, mit MdL Volkmar Halbleib sowie Thomas Pfeifer (li.) und Stefan Weißkopf-Zunft (re.) von der Autobahn GmbH. Seit fünf Jahren ist die Autobahn

GmbH (die in Verantwortung des Bundesministeriums für Verkehr steht) für das Autobahnnetz in Deutschland zuständig: Planung, Bau, Betrieb, Verkehrsmanagement, Erhaltung, Finanzierung und vermögensmäßige Verwaltung sind ihre Aufgaben. Mit 10 Niederlassungen und 41 Außenstellen sowie 189 Autobahnmeistereien in ganz Deutschland und ca. 13.000 Kilometern Autobahn ist die Gesellschaft eine der größten Infrastrukturbetreiberinnen in Deutschland. Für die Niederlassung Nordbayern mit seinen drei Außenstellen bedeutet das: 1.200 Mitarbeiter, 20 Autobahnmeistereien, 1.400 Kilometer Streckennetz, 3.700 Ingenieurbauwerke. Beeindruckende Zahlen und beeindruckende Bauwerke: Mit dem Brückenertüchtigungsprogramm stehen 2026 gerade die Brücken besonders im Fokus.



Büro Halbleib

ZITAT DES MONATS

27.01.:
Auschwitz-
Gedenktag

„Der Hass ist jetzt wieder laut geworden, der damals aufgestachelt wurde.“

Margot Friedländer

(05.11.1921 - 09.05.2025)

Shoa-Überlebende, Gründerin der Margot Friedländer Stiftung zur Fortführung der Zeitzeugenarbeit, Ehrenbürgerin Berlins

PARTEIARBEIT

NEUJAHRSEMPFANG MSP

**MSP**

SPD MSP



Zuversicht und Zusammenhalt - so könnte man die Rede unserer Parteivorsitzenden und Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas beim Neujahrsempfang des SPD Kreisverband Main-Spessart am vergangenen Samstag überschreiben. Und die Botschaft kam richtig gut an bei den über 200 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Behörden und Zivilgesellschaft. Herzlichen Dank allen Teilnehmenden und allen, die zu dieser äußerst gelungenen Veranstaltung beigetragen haben.

Ausführliche Artikel zum Neujahrsempfang in Karlstadt und weitere Bilder gibt es **► HIER ◀** in der Mainpost und **► HIER ◀** im Mainecho.

NEUJAHRSEMPFANG AB



SPD Aschaffenburg

AB

Einmal mehr ein toller Neujahrsempfang, dieses Jahr mit Bärbel Bas und Renten-Klartext von mir. Schaut Euch das Video an (Klick auf das Foto)!

DREI-KÖNIGS-TREFFEN



SPD Miltenberg

MIL

Beim traditionellen Drei-Königs-Treffen des SPD Kreisverbands Miltenberg in Weilbach stand die Kommunalwahl im Fokus. Toll, dass so viele Interessierte da waren, um die TOP 5-Kandidaten der SPD im Landkreis Miltenberg für die Kreistagswahl kennen zu lernen: 1 | Karlheinz Paulus (2.v.l.), 2 | Sabine Balleier (3. v.r.), 3 | Benjamin Bohlender (li.), 4 | Monika Wolf-Pleißmann (2. v.r.) und 5 | Robin Haseler (Mitte), dazu Co-Kreisvorsitzender Steffen Salvenmoser. Vielen Dank für die Einladung, klasse Bewirtung und Ausrichtung der Veranstaltung an die SPD Weilbach-Weckbach. Auf geht's: Weiter arbeiten und kämpfen für eine starke SPD!

GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner



**VON MDL
MARTINA FEHLNER**

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

kennen Sie das, wenn Ihnen beim Telefonat mit Ihrer Bank ein Sprachbot statt eines Kundenberaters antwortet? Ist Ihr Auto mit einem Spurhalteassistent ausgestattet? Erkundigen Sie sich vor dem Besuch im Schwimmbad, Museum oder Zoo online, wie viel voraussichtlich los sein wird?

Künstliche Intelligenz hat längst Einzug in unseren Alltag gehalten. Und dabei stehen wir erst am Anfang einer globalen Entwicklung, die unsere Arbeitswelt und unsere Wirtschaft, Forschung und Medizin grundlegend transformieren, Schule, Bildung und Gesellschaft tiefgreifend verändern wird. Die KI-Anwendungsbereiche sind vielfältig, die Potentiale enorm – und die Entwicklung geht in Riesenschritten weiter.

Doch wie bei vielen wegbereitenden Innovationen bringt auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz Gefahren und Risiken mit sich. Durch die Automatisierung von Produktionsprozessen droht der Wegfall von Arbeitsplätzen in der Industrie. In der praktischen Anwendung besteht immer auch das Risiko, dass die Algorithmen verzerrte oder diskriminierende Ergebnisse ausspielen – und damit Fehlentscheidungen begünstigen.

Ein großes Thema der Schutz von Daten, Urheber- und Persönlichkeitsrechten. Wer den jüngsten Streit um sexualisierte Deepfakes des KI-Chatbots Grok von Elon Musk mitverfolgt hat, weiß, welchen Schaden KI anrichten kann. Und auch der deutliche Anstieg der Online-Kriminalität ist eng mit immer ausgefeilteren Methoden wie KI-gestützten Phishing-Mails verflochten.

Es ist daher die Aufgabe der Politik, Künstliche Intelligenz zu regulieren. Man kann der Bayerischen Staatsregierung nicht vorwerfen, den Zukunftstrend nicht erkannt zu haben. Immerhin hat sie zwischen 2020 und 2025 rund 350 Millionen Euro in KI-Forschung und -Entwicklung investiert.

Und doch ist die Staatsregierung nicht in der Lage aufzuschlüsseln, wieviel davon in die Forschung zur KI-Sicherheit fließt, wie eine Antwort des Digitalministeriums auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zeigt.

Eine weitere Anfrage offenbart zudem Schwächen bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität im Freistaat. Unter anderem fehlt dem Landeskriminalamt schlicht die nötige Technik zur Erkennung von Deepfakes.

Für eine verantwortungsvolle Regulierung von Künstlicher Intelligenz setze ich mich mit meiner Arbeit im Bayerischen Landtag auch künftig mit Nachdruck ein.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehlner.de